

Merseburger Correspondent.

Erscheint:

Freitag, Donnerstag u. Sonnabend früh 7 Uhr.
Preis: Die dreizehnpf. Beilage & 6 Pf.
Expedition: Mühlstraße 8.

Wöchentliche Beilage:

Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:

pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Herumträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

N. 38.

Donnerstag den 28. März.

1878.

An unsere Leser!

Das Ziel, welches wir uns bei der Gründung unseres Blattes gesteckt haben, den Kreis, welche dasselbe bestimmt ist, ein ausreichendes, unabhängiges und billiges Organ zu sein, in noch umfassenderer Weise zu erreichen, wir sind entschlossen, den „Merseburger Correspondent“ vom 1. April ab

viermal wöchentlich,

zwei Dienstags, Donnerstags, Sonnabends
Sonntags früh, ohne Erhöhung des

Abonnementspreises erscheinen zu lassen. Diese Einrichtung sind wir in den Stand gesetzt, an den Tagen des Erscheinens die Tagesblätter stets gleichzeitig und öfters schneller als großen Zeitungen zur Kenntnis unserer Leser zu bringen. Mit erhöhter Sorgfalt werden wir streben, das Interessanteste und Wichtigste dem Gebiete der Politik, der provinziellen und allen Angelegenheiten, sowie in Bezug auf gemüthlichen und Unterhaltungsstoff in gedrängter, schriftlicher Form und populärer Darstellungsweise mitzutheilen, und betonen es noch einmal, unser Blatt auch fortan den **entschiedenen, unabhängigen und freimüthigen** Charakter behalten wird, welcher ihm seit seinem Bestehen ist, und der ihm — wir dürfen das mit Recht sagen — sehr viele Freunde erworben hat. Das **Illustrirte Sonntagsblatt** wird bisher so auch in Zukunft als gewiß willkommene Gratisbeilage erscheinen.

Es ist selbstredend, daß wir durch eine solche gegenkommene Neuerung uns schwere Opfer auferlegen, aber wir hoffen, daß uns dieselben unser bisheriger Leser noch geneigter machen und solche neue zuführen werden.

Der **Abonnementspreis** beträgt wie bei her
Quartal 1 Mark bei Abholung, 1 Mark 20
durch den Herumträger, 1 Mark 25 Pf. durch
Post.

Unsere **Geschäftslocalitäten** befinden sich vom 1. April ab

kleine Ritterstraße Nr. 1
(Eingang große Ritterstraße).

Redaction und Expedition
des „Merseburger Correspondent.“

Die **Reconstruction des preussischen Staatsministeriums.**

Die erledigten Ministerposten sind jetzt, vorbereitend der formellen Ernennung, wieder besetzt; kann als durchaus sicher angesehen werden, daß Graf Stolberg-Berningerode zum Minister ohne portefeuille und Vizepräsidenten des Staatsministeriums, der Oberpräsident Graf v. Stolberg zum

Minister des Innern und der Oberbürgermeister von Berlin, Hohrecht, in kürzester Frist zum Finanzminister ernannt werden wird. Die übrigen Minister bleiben einweilen auf ihrem Posten, doch schreibt das Gerücht auch dem Handelsminister Achenbach entscheidene Neigung zum Rücktritt zu. Noch nicht so feststehend ist es, in welcher Weise die in Aussicht genommene Reorganisation der Reichsregierung sich vollziehen wird. Doch wird man voraussetzen dürfen, daß der fünfjährige preussische Viceministerpräsident, also Graf Stolberg, auch der Gesamttellvertreter des Reichskanzlers im Reich, der Vizekanzler, sein wird. Wie dagegen die Finanzleitung Preussens und die des Reichs, als deren Organ die Gründung eines Reichsschatzamtens bevorzucht, mit einander in Verbindung gebracht werden sollen, ist noch eine offene Frage, deren Lösung man jedoch in kürzester Zeit wird erwarten dürfen. Diese Reconstruction der Regierung hat sich nun freilich in einer ganz andern Weise vollzogen, als man vor einigen Wochen und Monaten geglaubt hatte. Die Aufnahme nationalliberaler Parteiführer in die Regierung ist an den bekannten Vorgängen gescheitert, und statt dessen sehen wir neue Männer von theils farbloser, theils ziemlich ausgeprägter conservativer Richtung auf den Ministerstühlen. Es läßt sich nicht leugnen: nicht nur hat keine Erfrischung der Regierung durch liberale Mitglieder stattgefunden, sondern das neue Ministerium geht sogar unverkennbar um einen Schritt weiter nach rechts als das alte. Wir brauchen darum noch nicht gleich in das Geschrei von Reaction einzustimmen. Die Männer, die jetzt die wichtigsten Posten in der Regierung einnehmen, werden uns erst Proben ihrer Politik ablegen müssen; ihre, zum Theil weit zurückliegenden, parlamentarischen Antecedentien können nicht ohne weiteres zum Maßstab ihrer künftigen Politik genommen werden. Wir haben vor der Hand keine Ursache, auf irgend einem politischen Gebiet eine ausgebrochene Reaction zu befürchten; bei solchen Ausföhrungen würde sicherlich auch der Kumpf des alten Ministeriums nicht im Amte bleiben. Aber wenn auch im Allgemeinen an dem bisherigen politischen Programm festgehalten werden dürfte, so haben die Liberalen aller Richtungen doch sehr Ursache auf der Hut zu sein, und, wenn nicht Mißtrauen, so doch Vorsicht der neuen Regierung entgegenzubringen, insbesondere in der wichtigsten Frage der innern preussischen Politik, der Verwaltungsreform. Von einer Politik der Mißgunst kann auf liberaler, insbesondere nationalliberaler Seite nicht die Rede sein, die Vergangenheit der Partei, die seit ihrer Gründung in selbstloser Weise gewirkt und gearbeitet, befreit sie von dem Verdacht so kleinlicher Beweggründe für ihre politische Haltung. Rechtfertigt das neue Cabinet durch seine Handlungen und Bestrebungen das Vertrauen, so wird es auch ihm nicht verweigert werden.

Wenn bei dieser Gelegenheit Fürst Bismarck die Absicht hatte, eine Umgestaltung der Ressortverhältnisse im Staatsministerium vorzunehmen, in der Weise, daß das Eisenbahnwesen vom Handelsministerium abgetrennt und zu einem selbstständigen Ministerium erhoben, sowie ferner die Domänen und Forsten vom Finanzministerium auf das landwirtschaftliche Ministerium übertragen würden,

so hat dieser Plan wenig Aussicht, im jetzigen Augenblick zur Verwirklichung zu kommen. Die Vorschläge würden sachlich auf keinen unüberwindlichen Widerstand stoßen und werden, wenn sie in einer späteren Zeit noch einmal an den Landtag kommen, höchst wahrscheinlich gutgeheißen werden. Es läßt sich viel zu ihren Gunsten anführen, eine energischere preussische Eisenbahnpolitik, das Zurücktreten der fisciatischen Interessen bei der Verwaltung der Domänen und Forsten, wie es der Grundgedanke der beabsichtigten Reorganisation ist, das sind gewiß anerkennenswerthe Ziele. Auf der andern Seite aber erheben sich doch auch zahlreiche Bedenken und Schwierigkeiten, die eine gründliche Prüfung der Sache nöthig machen, und jedenfalls sind die Vorschläge nicht so dringlich, um eine Ueberhaftung, wie sie jetzt zugemuthet wird, zu rechtfertigen.

Deutschland.

Berlin. Der „Reichs-Anz.“ veröffentlicht nachstehenden kaiserlichen Erlaß: „Mehr noch als früher bei gleichem Anlaß, bin Ich bei Meinem diesjährigen Geburststage durch Beweise freudiger Theilnahme überrascht worden. Kaum übersehbar ist die Zahl der schriftlichen und telegraphischen Glückwünsche, welche Mir von allen Seiten aus dem Reichsgebiete wie aus theilweise weit entfernten Punkten des Auslandes zugegangen sind. Und ihnen hat sich wiederum eine Fülle von Angebunden der mannichfachen Art angeschlossen, damit Ich an diesem Tage von den Zeugnissen der Liebe des deutschen Volkes umgeben sei. Tief bewegt von so allgemeiner Theilnahme, fühle Ich Mich durch sie zugleich von Neuem zu freudiger Erfüllung Meiner fürstlichen Pflichten angeregt. Ich kann nicht veruchen, die Adressen aller Gemeinden und Corporationen, die Zaruße aller Festgenossenschaften, Vereine und Patrioten einzeln zu erwidern, noch allen Einfindern von Gebüchten, Blumenspenden, Kunst- und Kunstgewerblichen Gegenständen und sonstigen Widmungen Meine Erkenntlichkeit besonders auszudrücken, wohl aber möchte Ich öffentlich befunden, daß ihr Zweck, Meinen Jahrestag durch Bethätigung treuer Anhänglichkeit zu verherrlichen, sich in schonster Weise erfüllt hat. In dieser Absicht beauftrage Ich Sie, durch Veröffentlichung dieses Erlasses allen jenen Glückwünschenden Meinen herzlichsten Dank zu übermitteln.“

Berlin, den 25. März 1878.
Wilhelm.“

An den Reichskanzler.
— Graf Stolberg nahm die Stellvertreter-

schaft des Reichskanzlers und die Vizepräsidentenschaft im preussischen Staatsministerium an.
— Das der Handelsminister Dr. Achenbach dem Kaiser ein Entlassungsgesuch eingereicht hat, ist Thatfache. Dieser Schritt des Ministers konnte nach den Vorgängen im Abgeordnetenhaus am letzten Sonnabend nirgends mehr überraschen, denn die Kritik des Ministerpräsidenten Fürsten Bismarck über die preussische Eisenbahnverwaltung mußte dem Dr. Achenbach klar machen, daß fortan im Ministerium Bismarck nicht mehr Platz für ihn ist. Der Herr Handelsminister wird Oberpräsident von Westpreußen werden; dieses Amt weist ihm die fama allgemein zu, und Alle, die Herrn Dr. Achenbach genau kennen, halten sich überzeugt, er

werde als Verwaltungschef einer Provinz dem Vaterlande bessere Dienste leisten können, wie als Chef eines ausgedehnten Ressors.

Der frühere Finanzminister Camphausen hat bei seiner Verabschiedung den Stiern der Großcompture des Hohenzollern-Ordens erhalten. Derselbe wird sich in den nächsten Tagen bei den allerhöchsten Herrschaften verabschieden und vermuthlich in der nächsten Woche eine Reise nach Italien antreten. Die Mittheilungen über die bereits erfolgte Ernennung seines Nachfolgers sind auch jetzt noch verfrüht, jedoch sollen die Verhandlungen, welche seit Freitag mit dem Oberbürgermeister Hobrecht geführt werden, dem Abschluss nahe sein.

Das des Cultusministers Falk Stellung durch eine gegenwärtig sich anbahnende neue Richtung der Kirchenpolitik oder durch den Eintritt des Grafen Stolberg ins Cabinet für erschüttert anzusehen sei, haben wir bereits vor mehreren Tagen in Abrede gestellt. Heute schreibt die „Post“, das Organ der Freiconservativen, welcher Partei bekanntlich sowohl Falk als Graf Stolberg ihrer politischen Ueberzeugung nach angehören, in offenbar autoritativer Weise Folgendes: „Die von fortschrittlichen Blättern mit augenscheinlicher Absichtlichkeit wiederholt verbreitete Nachricht, der Eintritt des Grafen Stolberg-Wernigerode in das Cabinet werde den Austritt des Dr. Falk zur Folge haben, können wir auf das Bestimmteste als völlig unbegründet erklären.“

Der Bundesrath hielt am Montag Mittag im Reichskanzleramt eine Plenarsitzung unter dem Vorsitz des Präsidenten Hofmann. Eine neue Vorlage, betreffend den Antrag Preußens wegen Uebernahme bisher aus preussischen und sächsischen Landesfonds gezahlter Pensionen auf das Reich, ging an die Ausschüsse. Auch das Gesetz wegen Austrichtung der deutschen Kaufschiffe mit Booten gelangte zur Annahme. Im Uebrigen wurde eine Reihe von Verwaltungsangelegenheiten erledigt.

Das nach Nicaragua bestimmte deutsche Geschwader hat nach Nachrichten aus New-York Panama am 14. d. verlassen und die Fahrt nach seinem Bestimmungsort fortgesetzt.

Die parlamentarische Soiree beim Fürsten Bismarck am letzten Sonnabend wurde zum ersten male in den glänzenden Räumen des neuen Palais des Auswärtigen Amtes abgehalten. Der Besuch war außerordentlich zahlreich, weil außer den Mitgliedern des Reichstages auch jene des Landtages geladen waren. Die Honneurs des Hauses machten die Fürstin und ihre Tochter, Comtesse Marie. Was man namentlich von seinen Äußerungen gegenüber dem Abg. Miquel hört, so scheint er die Befürchtung hegen zu wollen, daß ein Conflict mit dem Abgeordnetenhaus wegen des Nachtragsetzes, resp. der Errichtung eines Eisenbahnministeriums auf dem Verordnungswege entstehen könnte. Er würde im Falle der Ablehnung der Vorlage den Landtag noch einmal nach Schluß des Reichstages zusammentreten lassen, oder aber auf andere verfassungsmäßig zulässige Weise sein Ziel weiter verfolgen. Er nahm an der Unterhaltung der einzelnen Gruppen Theil, die sich über politische und unpolitische Themata erstreckte. — Von Interesse ist es, zu erfahren, daß Herr Hobrecht der achte Candidat war, dem vom Reichskanzler das Finanzministerium angetragen worden. Wie man hört, huldigt der neue Finanzminister in wirtschaftlichen Fragen gemäßigter handelsrechtlicher Anschauungen, ist aber ein entschiedener Befürworter von Einführung möglichst hoher indirecter Steuern. Auf diesem Programm sind namentlich die Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und Herrn Hobrecht binnen so kurzer Zeit zu Stande gekommen.

Parlamentarische Nachrichten.

Der Reichstag berieth am Dienstag den der Budgetcommission überlieferten Post- und Telegraphen-Gesetz und genehmigte die zur Berathung gelangten Positionen mit den dazu beantragten Resolutionen durchweg nach den Vorschlägen der Commission.

Die Budgetcommission des Reichstages wird, wie sich bereits mit Sicherheit übersehen läßt, aus

dem Reichsetat das Deficit herausbringen. Hauptsächlich ermöglicht sie dies durch das Gesetz bezüglich der Ersparnisse der Occupationstruppen. Der Kriegsminister hatte die Ersparnisse von rund 27 Millionen der Armee ausschließlich zuwenden wollen, es werden derselben indes nur zehn Millionen zugesprochen werden, so daß der erhebliche Rest, der Reichshauptkasse zugeführt, zusammen mit anderen Summen, die von der Budgetcommission bereits abgesetzt sind, zur Deckung des Deficits für 1878—79 ausreicht.

Congress.

Aus Berlin schreibt man der „Magd. Ztg.“: Man darf jetzt mit Bestimmtheit annehmen, daß der Congress mit England nicht zu Stande kommt. Ob Frankreich und Italien, welche direct an den Orientwirren nicht interessiert sind, ihre Minister oder Vertreter nach Berlin schicken werden, wenn ein allgemeiner Congress nicht zu Stande kommt, ist fraglich. Man glaubt jedoch vielfach daran, daß Rußland und Oesterreich ihre Interessen auf der Balkanhalbinsel durch gemeinschaftliche Unterhandlungen in Berlin und unter freundschaftlicher Vermittlung des Berliner Cabinets ausgleichen werden. Die Kanzler dieser drei Großmächte dürften persönlich hier unterhandeln. England bleibt es dann überlassen, in der einen oder der anderen Weise sich allein mit Rußland auseinanderzusetzen.

Der Pariser Temps meint, das Zustandekommen des Congresses sei in Folge der Weigerung Englands gescheitert. Das Blatt fügt hinzu, Frankreich habe vom ersten Tage an erklärt, daß es nicht an dem Congress Theil nehmen würde, sofern nicht alle Signaturmächte des Pariser Vertrages von 1856 auf demselben vertreten sein würden. Dem Temps zufolge hätte England ausdrücklich verlangt, daß das Programm für den Congress schriftlich aufgesetzt und der Genehmigung der Großmächte vor dem Congress unterbreitet würde.

Orientalische Angelegenheiten.

Zwischen Rußland und Oesterreich hat nach verschiedenen Nachrichten eine Einigung stattgefunden. Angeblich hat Gortschakoff aus Rücksicht auf Oesterreich die besarabische Frage verjagt und rücksichtlich der Grenzen des zukünftigen Fürstenthums Bulgarien Concessionen zugesichert. Auch Bosnien und die Herzegowina sollen die Russen neuerdings angeboten haben.

Rußland. Der Petersb. „Regierungsbote“ veröffentlicht das Schreiben des Papstes Leo XIII. an den Kaiser von Rußland, in welchem er demselben seine Befestigung des päpstlichen Stuhles anzeigt und der Hoffnung Ausdruck giebt, daß die katholische Bevölkerung sich dem Kaiser gegenüber treu und ergeben zeigen würde. Kaiser Alexander beantwortete das Schreiben in freundslichem Sinne.

Die Russen ordnen die Entwaffnung der gesammten bulgarischen Bevölkerung an.

Aus Bukarest meldet ein neueres Telegramm: Rußland soll geneigt sein, daß die besarabische Frage vor den Congress gebracht werde und soll sich bereit erklärt haben, die Dobrudscha zu behalten, wenn sich der Congress gegen die Retrocession Besarabiens erkläre. Die bereits vor sich gehende Bildung eines Verwaltungspersonals gelte nicht Besarabien, sondern der Dobrudscha.

Die „Agence Russe“ schreibt: Nachdem Rußland den Präliminarvertrag in seinem ganzen Umfange den Congressmächten mitgetheilt und das Vorhandensein eines geheimen Vertrages bestimmt in Abrede gestellt hat, nachdem Rußland jeder Congressmacht in gleicher Weise wie sich selbst das volle Recht zu discutiren, Vorschläge zu machen und Entschlüsse zu fassen, zuerkannt hat, kann das Drängen Englands, Rußland seine Formel aufzuzwingen, nur als eine arge Chicanerie angesehen werden, in der sich die verletzende Absicht offenbart.

Rumänien. Ueber die am Sonntag stattgehabte geheime Sitzung der vereinigten rumänischen Kammern wird der „Polit. Correspond.“ gemeldet, der Minister des Auswärtigen, Coganiceanu, habe in derselben einen Bericht des rumänischen Agenten

in Petersburg, General Ghitca, vorgelesen, welchem Fürst Gortschakoff denselben erklärte, der Kaiser Alexander die Verweigerung Besarabiens als eine persönliche Beleidigung betrachte. Folge des tiefen Eindrucks dieser Erklärung sei Montag Abend eine abermalige geheime Sitzung der Kammern anberaumt worden.

Serbien. Das Belgrad amtliche Blatt veröffentlicht eine Ergebenheits-Adresse der rumänischen Einwohner von Franja an den Fürsten Milan, welcher sie die Annexion an Serbien verlangen und den Fürsten im Falle der Ablehnung dieses Versuches um die Erlaubniß bitten, sich dort anzusetzen zu dürfen, da sie nicht in Bulgarien bleiben wollen. Türkei. General Ignatieff, Neuf Pascha und Tefik Pascha sind am Sonntag Abend Uhr in Konstantinopel angekommen und werden Arsenal ans Land gestiegen. — Der mit dem Pascha angelegte Osman Pascha wurde am Sonntag Abend vom Sultan empfangen, welcher ihm den Großorden des Osmanle-Ordens mit dem Stern in Brillanten, die goldene Militäremedaille und einen Ehrenäbel überreichte. Am Montag wurde Osman auf der Feste und im Seraskierat mit großen Ehren empfangen. — Der Fürst Nikolaus traf am Dienstag in Konstantinopel ein und begab sich mit einigen Generalen in einem Galakati nach Dolmabahische. Der Sultan empfing den Großfürsten in Anwesenheit Ahmed's, Tefik's, Neuf's, Saver's, Damad's und Dau's. Der Besuch währte eine Stunde, Unmittelbar darauf empfing der Großfürst Beglerbeg den Besuch des Sultans mit den höchsten und Würdenträgern. Der Sultan verweilte eine Viertelstunde, sodann kehrte der Großfürst nach dem Unterreich zurück. — Die Russen besetzen ihre Stellungen bei Tschikler, während die britische Flotte in der Besikabel fortwährend Manoeuvren und Proviant erhält.

Die bei Bujukdere befindlichen russischen Truppen haben sich gegen die Höhen zwischen Maslak zwischen Bujukdere und Pera zurückgezogen; die Russen werden indessen Bujukdere besetzen. — Der Sultan hat Osman Pascha zum Obercommandanten der kaiserlichen Flotte und Tefik Pascha zum Chef des Generalstabes ernannt.

Griechenland. Die „Polit. Corr.“ erfährt aus Athen, daß nach der bei Lithoron gesunkenen Katastrophe für die Insurgenten nach der türkischen Megelei unter den 20,000 Weiber und Kinder in das Kloster Melympon Dionysios geflüchtet und Asraf Pascha mit Regulären und Sicherheitsmännern daselbst sei. Die griechische Regierung beantragte hieron den englischen Vertreter Bynbolde darauf die Panzerkorvette „Ruby“ von der Flotte Hornby's nach der thessalischen Küste zu entsenden.

Der aus der freisicheren Jurisdiction 1866 wohlbekannte Blockadebrecher „Panhellion“ hat, wie der „Basileter“ meldet, seine Fahrten zwischen Athen und Kreta wieder aufgenommen um den Insurgenten Waffen und Munition zu bringen. Die türkischen Kriegsdampfer haben bisher ohne Erfolg auf das Schiff Jagd gemacht.

Ausland.

Oesterreich. Die österreichische Delegation nahm einstimmig einen Antrag an, nachgehend die Petition des Beamtenvereins und der Versicherungs-Gesellschaften wegen Desinfection der Schlachtfelder dem gemeinsamen Ministerium mit der Aufforderung zu übergeben, ein internationales Abkommen über die unverweilte Beseitigung der durch unbedeugte Leichen in Bulgarien und Rumelien dem allgemeinen Gesundheitszustand Europas drohenden Gefahren anzutreiben und diesem Behufe auf sofortige Bildung einer internationalen Sanitätscommission hinzuwirken.

Italien. Der König hat das Decret, betreffend die Ernennung der Mitglieder des neuen Cabinets, welches in der bereits genannten Weise definitiv gebildet ist, unterzeichnet. Das Cabinet hat bereits den Eid auf die Verfassung geleistet und übernimmt sofort die Geschäfte. England. Im Verlaufe der Unterhandlungen

Merseburger Correspondent.

Erscheint:

Freitag, Donnerstag u. Sonnabend früh 7 Uhr.
Sonntag: Die dreizehnte. Postzeit 6 Uhr.
Expedition: Rülgerstraße 8.

Wöchentliche Beilage:

Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:

pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Herumträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

N. 38.

Donnerstag den 28. März.

1878.

An unsere Leser!

Um das Ziel, welches wir uns bei der Gründung unseres Blattes gesteckt haben, den Kreis, welche dasselbe bestimmt ist, ein ausreichendes, verlässliches, unabhängiges und billiges Organ zu schaffen, in noch umfassenderer Weise zu erreichen, sind wir uns entschlossen, den „Merseburger Correspondent“ vom 1. April ab

viermal wöchentlich,

zwei Dienstags, Donnerstags, Sonnabends und Sonntags früh, ohne Erhöhung des Abonnementspreises erscheinen zu lassen.

Diese Einrichtung sind wir in den Stand gesetzt, an den Tagen des Erscheinens die Tagesblätter stets gleichzeitig und öfters schneller als großen Zeitungen zur Kenntnis unserer Leser zu bringen. Mit erhöhter Sorgfalt werden wir streben, das Interessanteste und Wichtigste dem Gebiete der Politik, der Provinzialen und allen Angelegenheiten, sowie in Bezug auf gemüthlichen und Unterhaltungsstoff in gedrängter, schriftlicher Form und populärer Darstellungsweise mitzutheilen, und betonen es noch einmal, unser Blatt auch fortan den **entschiedenen, unabhängigen und freimüthigen** Charakter behalten wird, welcher ihm seit seinem Bestehen ist, und der ihm — wir dürfen das mit Recht sagen — sehr viele Freunde erworben hat. Das **Illustrirte Sonntagsblatt** wird bisher so auch in Zukunft als gewiss willkommenes Gratisbeilage erscheinen.

Es ist selbstredend, daß wir durch eine solche gegenkommene Neuerung uns schwere Opfer auferlegen, aber wir hoffen, daß uns dieselben unser bisheriger Leser noch geneigter machen und solche neue zuführen werden.

Der **Abonnementspreis** beträgt wie bisher pro Quartal 1 Mark bei Abholung, 1 Mark 20 Pfg. durch den Herumträger, 1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

Unsere **Geschäftslocalitäten** befinden sich vom 1. April ab **kleine Ritterstraße Nr. 1** (Eingang große Ritterstraße).

Redaction und Expedition
des „Merseburger Correspondent.“

Die Reconstitution des preussischen Staatsministeriums.

Die erledigten Ministerposten sind jetzt, vorbereitend der formellen Ernennung, wieder besetzt; kann als durchaus sicher angesehen werden, daß Graf Stolberg-Berningerode zum Minister ohne Portfeuille und Vizepräsidenten des Staatsministeriums, der Oberpräsident Graf Stolberg zum

Minister des Innern und der Oberbürgermeister von Berlin, Hohrecht, in kürzester Frist zum Finanzminister ernannt werden wird. Die übrigen Minister bleiben einweilen auf ihrem Posten, doch schreibt das Gerücht auch dem Handelsminister Achenbach entschiedene Neigung zum Rücktritt zu. Noch nicht so feststehend ist es, in welcher Weise die in Aussicht genommene Reorganisation der Reichsregierung sich vollziehen wird. Doch wird man voraussetzen dürfen, daß der künftige preussische Vizepräsident, also Graf Stolberg, auch der Gesamtstellvertreter des Reichskanzlers im Reich, der Vizekanzler, sein wird. Wie dagegen die Finanzleitung Preussens und die des Reichs, als deren Organ die Gründung eines Reichsschatzamtens beabsichtigt, mit einander in Verbindung gebracht werden sollen, ist noch eine offene Frage, deren Lösung man jedoch in kürzester Zeit wird erwarten dürfen. Diese Reconstitution der Regierung hat sich nun freilich in einer ganz andern Weise vollzogen, als man vor einigen Wochen und Monaten gehofft hatte. Die Aufnahme nationalliberaler Parteiführer in die Regierung ist an den bekannten Vorgängen gescheitert, und statt dessen sehen wir neue Männer von theils farbloser, theils ziemlich ausgeprägter conservativer Richtung auf den Ministerstühlen. Es läßt sich nicht leugnen: nicht nur hat keine Errückung der Regierung durch liberale Mitglieder stattgefunden, sondern das neue Ministerium geht sogar unverkennbar um einen Schritt weiter nach rechts als das alte. Wir brauchen darum noch nicht gleich in das Geschrei von Reaction einzustimmen. Die Männer, die jetzt die wichtigsten Posten in der Regierung einnehmen, sind von dem rechten Ufer der Politik ab-

so hat dieser Plan wenig Aussicht, im jetzigen Augenblick zur Verwirklichung zu kommen. Die Vorschläge würden sachlich auf keinen unüberwindlichen Widerstand stoßen und werden, wenn sie in einer späteren Zeit noch einmal an den Landtag kommen, höchst wahrscheinlich gutgehehen werden. Es läßt sich viel zu ihren Gunsten anführen, eine energiereichere preussische Eisenbahnpolitik, das Zurücktreten der fisciatischen Interessen bei der Verwaltung der Domänen und Forsten, wie es der Grundgedanke der beabsichtigten Reorganisation ist, das sind gewiss anerkennenswerthe Ziele. Auf der andern Seite aber erheben sich doch auch zahlreiche Bedenken und Schwierigkeiten, die eine gründliche Prüfung der Sache nöthig machen, und jedenfalls sind die Vorschläge nicht so dringlich, um eine Ueberhaftung, wie sie jetzt zugemuthet wird, zu rechtfertigen.

Deutschland.

Berlin. Der „Reichs-Anz.“ veröffentlicht nachstehenden kaiserlichen Erlass: „Mehr noch als früher bei gleichem Anlaß, bin Ich bei Meinem diesjährigen Geburtag durch Beweise freudiger Theilnahme überrascht worden. Kaum übersehbar ist die Zahl der schriftlichen und telegraphischen Glückwünsche, welche Mir von allen Seiten aus dem Reichsgebiete wie aus theilweise weit entfernten Punkten des Auslandes zugegangen sind. Und ihnen hat sich wiederum eine Fülle von Angebinden der mannichfachsten Art angeschlossen, damit Ich an diesem Tage von den Zeugnissen der Liebe des deutschen Volkes umgeben sei. Tief bewegt von so allgemeiner Theilnahme, fühle Ich Mich durch sie zugleich von Neuem zu freudiger Erfüllung Meiner fürstlichen Pflichten angeregt. Ich kann nicht verhehlen, die Adressen aller Gemeinden und Corporationen, die Zarufe aller Festgenossenschaften, Vereine und Patrioten einzeln zu erwidern, noch allen Einsendern von Gedichten, Blumenstempeln, Kunst- und Kunstgewerblichen Gegenständen und sonstigen Widmungen Meine Erkenntlichkeit besonders auszudrücken, wohl aber möchte Ich öffentlich bekunden, daß ihr Zweck, Meinen Jahrestag durch Bethätigung treuer Anhänglichkeit zu verherrlichen, sich in schonster Weise erfüllt hat. In dieser Absicht beauftrage Ich Sie, durch Veröffentlichung dieses Erlasses allen jenen Glückwünschenden Meinen herzlichsten Dank zu übermitteln. Berlin, den 25. März 1878.

Wilhelm.“

An den Reichskanzler.
— Graf Stolberg nahm die Stellvertreterschaft des Reichskanzlers und die Vizepräsidentenschaft im preussischen Staatsministerium an.

— Daß der Handelsminister Dr. Achenbach dem Kaiser ein Entlassungsgesuch eingereicht hat, ist Thatsache. Dieser Schritt des Ministers konnte nach den Vorgängen im Abgeordnetenhaus am letzten Sonnabend nirgends mehr übersehen, denn die Kritik des Ministerpräsidenten Fürsten Bismarck über die preussische Eisenbahnverwaltung mußte dem Dr. Achenbach klar machen, daß fortan im Ministerium Bismarck nicht mehr Platz für ihn ist. Der Herr Handelsminister wird Oberpräsident von Westpreußen werden; dieses Amt weist ihm die fama allgemein zu, und Alle, die Herrn Dr. Achenbach genau kennen, halten sich überzeugt, er

